

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1914. Nr. 331.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Umkreis 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich außer am 1. und 15. des Monats. — Gratis-Beilagen: Halbesche Zeitung (mit Beilage), die Unterhaltungsblätter (Sonntagsheft), das Wochenblatt, die Halbesche Wochenbeilage, die Halbesche Provinzialblätter, die Halbesche Beilage (für die junge Welt).

Erste Ausgabe

Abbestellungsfrist für die halbjährige Zeitung oder deren Platz für Halle und den Umkreis ist bis zum 1. August. — Rücklagen am Ende des abgelaufenen Zeitraums bis zum 1. August. Abbestellungsfrist für die halbjährige Zeitung (Gesamt) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telefon 5108 u. 5109; Redaktionstelefon 5110.

Sonnabend, 18. Juli 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telefon Amt Kurztarif Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

Frankreich in Not.

Frankreich ist vollbereitet, es erklärte 1870 der Kriegsmilitär De Boissac, und Napoleon eröffnete den Krieg. Ein Blick für unsere westlichen Nachbarn, daß Marschall De Boissac heute nicht mehr am Ruder ist, denn die Begier, Revanche zu nehmen, ist nicht erloschen. Heute aber wie damals fehlt es an der vollen Bereitschaft erblich. Heute aber wird dieser Zustand der Kriegslust der Franzosen stark dämpfen und uns damit eine weitere Reihe Friedensjahre bescheren. Mit dem allgemeinen Interesse, das ein für seine Sicherheit besorgtes Volk den Heeresrüstungen fremder Länder zuwendet, betrachtet man in Deutschland die durch die Verhandlungen im französischen Senat allen offenbar gewordene Lage der französischen Armee. Die Schwächen liegen nicht, und etwaige phantastische Anwendungen werden in die Frage auslingen: Ist es bei uns nicht etwa ähnlich wie bei ihnen, haben wir in der Tat den Vorprung vor Frankreich, von dem im Senat die Rede war? Wir hoffen zuversichtlich ja, und setzen in die verantwortlichen Stellen das Vertrauen, daß sie, angeregt durch die französische Senatsdebatte, nachprüfen und still wie bisher fortarbeiten, die nationale Verteidigung auf der Höhe zu halten. Wohl wird es nicht an Stimmen fehlen, die jetzt angesichts der zutage tretenden großen Mängel in der Schlagbereitschaft der französischen Armee von Deutschland eine Einschränkung der Rüstungen fordern werden. Nichts wäre verfehlter, als solchen Stimmungen Gehör zu schenken. Geht doch aus dem ganzen Verlauf der Senatsverhandlung eindeutig hervor, daß Frankreichs gesamtes Denken nur auf einen Zusammenstoß mit Deutschland eingestellt ist. Der Berichterstatter Charles Humbert sagte u. a.:

„Es fehlt an Offizieren. Deutschland verfüge über ein reichliches Material. — Die französische Haubitze entspricht nicht mehr den Anforderungen des Krieges und sei erheblich geringwertiger als die deutsche. Es sei nicht genügend Geschützmunition vorhanden. Auch fehle es an anderen Artilleriegegenständen, darunter vierzig und fünfzig Millimeter Kanonen. Man verfüge gegenwärtig nicht über das notwendige Material, um die Wägel über den Rhein zu überführen. Die Befestigungen an den Forts zwischen Lou und Verdun seien seit 1875 nicht verbessert worden. Sie könnten nur einen ungenügenden Widerstand leisten. Der Einbruch eines dieser Forts zu Anfang eines Krieges auf das Land nach würde, sei nicht abzusehen. Deutschland habe alle seine Werke an der Grenze in die Lage versetzt, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das Parlament werde alle unumgänglich notwendigen Opfer bringen. Man müsse die Organisation und die Bewehrung der leitenden Stellen der Armee ändern. Die Kriegsmittel müssten zu oft und seien über die ihnen unterliegenden Dienstzweige schlecht unterrichtet.“

Deutschland ist der Maßstab, den auch Kriegsminister Messimy anlegte. Die übermächtige Etalage Wehr bewährte die Funktionen Verdun und Lou, Deutschlands Verteidigungswerte seien besser, wenn Deutschland eingeholt werden würde, ließe sich noch nicht sagen. Immer Deutschland! Behüte uns der Himmel, daß man in Frankreich einst sagen kann, Deutschland ist überflügelt. Bei der Stimmung, wie sie heute herrscht, wäre das der Krieg. Mit es doch bezeichnend, daß alle Parteien mehr oder minder einig sind, die aufgedeckten Schwächen zu beheben. Selbst der Sozialist Naures klagt die rückständige militärische Politik Frankreichs an. Er schreibt in der „Humanität“:

„Wahre denn der Senat nicht, daß die Militärverwaltung schamlos und ohne jede Rücksicht arbeitet? Hat der Senat nicht die Verantwortung der Kriegsmittel, die von dem Bureau des Kriegsministeriums bezogenen Fehler bedecken soll, nicht genügt, um dem Senat die Augen zu öffnen? Die Enthüllungen Humberts haben auf die Senatoren wie die Explosion einer Bombe gewirkt. In der Kammer sind zwar viel schlimmere Rückfälle erfolgt, aber man wollte nichts hören und nichts beachten. Diesmal scheint jedoch der Senat aufgetaucht zu sein. Ein Feldzug von einer Million, der amtlich in der Kammer eingehanden wird, die Zerrüttung unseres ganzen Verteidigungssystems, die im Senat verhandelt wird, ohne daß die Minister das Land sofort befragen können, welche die es mit uns gekommen, sonst hat die seit einigen Jahren beständige rückwärtige militärische und finanzielle Politik Frankreich gebracht.“

Wo würde man in Deutschland die Leibeskur oder die offene Wunde dieser Politik?

Wir sind ja weder vertrieben noch regiert, drei Elemente. Dieser Defizitverhältnis nach ganzes System. Die radikale Politik, die mit ihren Verheißungen und ihrem Verwirklichungs-Anarchismus alles vernachlässigt, was nicht Partei- und Wahlgelegenheit ist, ist in der geringsten Senatsitzung endgültig getrandelt worden.“

Es ist ein lehrreicher Vorgang, der sich da in Paris abspielt, hat ein abfäherndes Beispiel für alle mit der Demokratie nach der Parlamentsherrschafft Siebängelnden. Wer noch belehrbar ist, mag die französischen Zustände prüfen. Ein durch die Parteimehrheiten bedingter ewiger Wechsel der Ministerien, der ein Einarbeiten und Aufgeben in die Materien nicht zuläßt, die Heereskredite vom Parlament beschneiden, Meer und Flotte politisiert, das Denken der Offiziere und Mannschaften von Parteipolitiken getrennt, geheime Sabotage und offene Widergesetzlichkeit an der Tagesordnung und die Verwaltungen korrumpiert. Wer da noch gegen die Kommandogewalt des Kaisers Sturm läuft, wer da noch für die republikanische Parlamentsherrschafft eintreten kann, der muß sich gefaßt lassen, ein Vaterlandsverräter gefaßt zu werden, wenn man ihn wegen seiner Zumutungen nicht verlassen kann.

Auch in Deutschland sind ja die Klagen über schlechtes oder mangelhaftes Heeresmaterial nicht ganz unbekannt. Auf Rappahoben, die gewisse Subalternoffiziere eingeschmuggelt hatten, sind deutsche Soldaten nach Paris gezogen, warum sollten da französische nicht daruf den Rhein oder die Mosel überqueren können? Wenn nur der sie befehlende Geist gut ist. Und darum heißt es Obacht geben. Mit Frankreichs moralische Kraft nicht erschöpft, dann wird es sich bald erholen und den Dingen auf den Grund gehen, wie es Deutschland tat anlässlich der Judenintende-Beschuldigungen. Augen offen und Pulver trocken, heißt Deutschlands Lösung, nicht, wie unsere „Freunde“ im Inlande und Auslande der Welt glauben machen möchten, zum Roschlagern lustern. Würer wir das, dann könnten die Franzosen zurzeit wohl nicht ruhig schlafen geben.

Weitschauende Politik.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist sicherlich die Frage einer dauernden Heberbindung der Sozialdemokratie. Wer sich eingehend damit beschäftigt hat, zu ermitteln, wie weit das Volk sozialdemokratische Vertretung in unser Volk einbringen ist, der wird zu der beruhigenden Erkenntnis gelangen, daß weite Volksschichten derart dem gebunden Staats-, Familien- und Wirtschaftsleben entfremdet sind, daß ihre Jurisdiktion für den nationalen Staat, für deutsches Familien- und Gemeinwohl, für eine völkervereinigte Wirtschaftsauffassung nur in sehr beschränkter Maße Erfolg zu verzeichnen scheint. Das hindert natürlich nicht, daß nichts in dieser Hinsicht vernünftig und unterlassen werden darf, was Aussicht auf einen auch noch so kleinen Erfolg, auf eine wenigstens teilweise Besserung der traurigen Zustände, wie sie nun einmal vorhanden sind, verspricht. Die größere und wichtigere Aufgabe aber ist es, vorzubauen, daß das heranwachsende Geschlecht wenigstens so gefestigt, so erfüllt wird von Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Königstreue und erstem Pflichtgefühl, daß es allen Versuchungen und Verführungsgründen, welche die Volkseele begehnen, zu widerstehen vermag.

Wollen wir aber unsere Augen im kritischen, vaterländischen Sinne erheben, so muß, die Fürsorge des Staates ganz der Richtung der Kinder anvertrauen, deren Anerkennung er von der Jugend fordert. Wollen wir das kommende Geschlecht von den irrigen Anschauungen einer individualistischen und materialistischen Lebensauffassung befreien, so müssen die zur Jugendzuehrung berufenen Lehrer auch sich innerlich von einer solchen Auffassung frei gemacht haben. Welche Kreise unserer Lehrerschaft bilden sich aus einer gelähmten, geschichtlich gerundeten Weltanschauung und sind von der Wichtigkeit einer völkervereinigten Wirtschaftsauffassung überzeugt, sie sind gute Christen und treue und übergenugs Anhänger der Monarchie. Aufgabe einer zielbewußten Zukunftspolitik des Staates muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß die Heimatliebe unserer Lehrerschaft allmählich innerlich von einer derartigen Gesinnung erfüllt wird und daß auch die vereinzelt Elemente, die sich als Gegner des Vaterlandes und des Christentums bekennen, von der Jugendzuehrung ferngehalten werden. Um aber einen Lehrerschaft dauernd zu erhalten, der diesen idealen Anforderungen entspricht, ist es notwendig, die Volksschulen und Vorbildungsfrage eingehende Aufmerksamkeit zu widmen. Sie spielt auch die Frage der Stellung der Lehrer zum Staat, d. h. die Frage, ob die Lehrer unmittelbare oder nur mittelbare Staatsbeamte sein sollen, eine Rolle, es greift hinein die Frage der Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land.

Auch gegenwärtig viel erörterte Fragen über die Abgrenzung der öffentlichen und politischen Rechte der Lehrer werden in dieser Zusammenhänge zu erörtern sein.

Es ließe sich dieser Sache noch weiter pflanzen. Das Gesagte dürfte aber schon genügen, um überzeugend nachzuweisen, daß überall da, wo es gilt, soziale Schäden zu heilen, soziale Zustände zu bessern, sich die berufenen und freiwilligen Förderer der Volkswohlfahrt auf eine möglichst hohe Werte stellen sollen und nicht nur beschränkt sein müssen, die gegenwärtige akute Frankreichs-Vertretung zu befehligen, sondern vorausschauend und vorbeugend für die Zukunft die Möglichkeit einer chronischen Krankheit zu verhindern. Wollen wir die Sozialdemokratie dauernd überwinden, so genügt es nicht, sie mit staatlichen Zwangsmitteln, Polizeigewalt und Vergleichen in der Gegenwart zu unterdrücken, sondern wir müssen auch Vorzüge treffen, daß das Volk sozialdemokratischer Verberung in Zukunft seinen Wohlthun in unserem Volke findet.

Deutsches Reich.

Vorkurture und Wehrbeitragserschließung. In den „Berliner Politischen Nachrichten“ war bei Besprechung des Wehrbeitragsergebnisses die Bemerkung gemacht worden, es möge dahingestellt bleiben, ob die niedrigen Kurse am 31. Dezember 1913 ganz durch natürliche Ursachen zu erklären seien. Aus Berlin nach freies wurde darauf im „Berliner Lokalanzeiger“ diese Bemerkung als eine Unterstellung bezeichnet, daß die Vorkurture am Ende vorigen Jahres künstlich herbeigeführt worden seien, um den Wehrbeitrag für die Besitzer von Wertpapieren zu vermindern.“

Dazu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: „Jene Behauptung des „Berliner Lokalanzeiger“ verliert sich offenbar auf das frühe Gedächtnis unseres heutigen Geschichts. Wir haben in jenen Tagen dauernd auf diesen Umfang hingewiesen und im Februar dieses Jahres sogar den goldnemigen Nachweis erbracht, daß die Kurse im letzten Vierteljahr 1913 einen ungewöhnlich niedrigen Stand einnahmen, und daß, nachdem die Veranlagung vorüber war, eine Steigerung nach dem 1. Januar einsetzte, die geradezu auffallend erscheinen mußte. Daß diese Kurste auf Anfang des Jahres allerdings ebenso eine künstliche war, wie die Waage vorher, die namentlich im November 1913 ihre wirksame Tendenz in Bezug auf den Wehrbeitrag offenbarte, hat sich später im Laufe der letzten Monate ebenfalls deutlich ergeben. Und die Ursache für die Kurste auf Anfang des Jahres? Die Banken hatten alles Interesse daran, ihre zu niedrigen Kurse einzuleiten. Sollte möglichst schnell und natürlich so möglichst geringen Kurste abzuführen. Wenn diese Kurste nicht angehalten hat, so liegt das eben daran, daß die Banken, nachdem sie ihre Wertpapiere ausverkauft hatten, den Markt wieder sich selbst überließen. Niemand hat nun beauptet, daß ein solcher Einschlagstermin bessere Ergebnisse gezeitigt hätte. Die Werte würde — das ist unsere Ansicht — für jeden Termin die Kurste entsprechend „manipuliert“ haben. Daß sie dies zu Ende vorigen Jahres getan hat, ist erwiesen und kann dadurch nicht aus der Welt geschafft werden, daß jetzt oder zu Ende Juni die Kurste einzelner Papiere einen noch tieferen Stand aufwiesen, als Ende Dezember 1913. Denn soweit mußte den Berliner Bankfreies des „Berliner Lokalanzeiger“ doch auch bekannt sein, daß hinsichtlich der Meldungen über Dividendenrückgänge, namentlich aus der Montanindustrie, förmlich regnen. Daß dieses an den Kurste nicht spurlos vorübergeht, ist selbstverständlich.“

Wer bezahlt die Wehrsteuer?

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in einer Auseinandersetzung über die Ergebnisse des Wehrbeitrages, daß hierbei die großen Städte für das Land mit Bezahlungen müßten, und daß die Agrarier sich auch diesmal wieder als Meister in der Kunst gezeigt hätten, sich um das lästige Steuerzollern herumzudrücken. Gegenüber dieser Behauptungen seien kurz die Tatsachen festzustellen:

Der Maßstab für die Erhebung des Wehrbeitrages ist für Stadt und Land ein grundsätzlich gleichartiger. Nicht erfolgt von dem Wehrbeitrage werden auf dem Lande nur die Schichten mit kleinerem Heiß und Einkommen, genau so wie in den Städten. Die Verhältnisse nachfolgenden also — und das ist selbstverständlich das Entscheidende für die Frage der Steuerbelastung — die Agrarier mehr als die Kapitalisten. Daß aber die städtisch-industriellen Schichten einen erheblich höheren absoluten Teil des Wehrbeitrages aufzubringen haben als die ländlichen liegt einzig und allein daran, daß sie größenteils weit höherem Beruf betreiben als die Landbevölkerung, und deshalb eben zu weit größeren Vermögensverhältnissen haben; eine Tatsache, die zugleich die ganze agrarische Agitation des „Berliner Tageblattes“ am bündigsten widerlegt.

Dass die Rüstungsindustrie des Reichs erheblich mehr zum Wehrbeitrag aufbringen kann als die Ländlichen, ist im übrigen doch wohl nicht ihr Zweck, sondern ihr Glück; die Agrarier werden gewiss sehr gern mit der Wehrpflicht dieser Kreise tauschen — wenn auch das Vermögen ausgetauscht würde, benutzte hierzu treffend die „Deutsche Tageszeitung“. Doch schließlich die ländlichen Kreise einerseits, die industriellen andererseits, doch schließlich die ländlichen Kreise einerseits, die industriellen andererseits, doch schließlich die ländlichen Kreise einerseits, die industriellen andererseits...

Die Geschichte von neuen Militärleistungen.

Zu der Aufgabe erregenden, von uns bereits erörterten Meldung des „Vorwärts“ von einer neuen Militärleistung, die mehr als eine halbe Milliarde für strategische Zwecke (Eisenbahnbauten) fordern und die unter Umständen zu einer Reichsstaatsbankrottierung benutzt werden sollte, erfahren wir noch von ausführender Stelle, dass letztere vollständig von einer in der neuen Militärleistungslage keine Rede ist. Dies ist auch schon wiederholt deutlich klanggebeht worden, Fortsetzungen für Eisenbahnbauten im Interesse der Kriegsvorbereitung führen in jedem Staat wieder, ihr Umfang ist in den einzelnen Jahren sehr verschieden. Das solche Fortsetzungen für strategische Zwecken auch für 1915 wiederkehren werden, ist daher mit Sicherheit anzunehmen. Ueber die Höhe der anzufordernden Mittel fällt die Entscheidung bei den Vorarbeiten zum Etat. Die Verantwortlichkeiten des „Vorwärts“ sind also vertriebt und entbehren jeder Unterlage. Ebenso sind die daran geschriebenen Folgerungen hinfällig.

Eine braunschweigische Waise an die hannoverschen Waisen.

Der „Braunschweiger Allgemeine Anzeiger“ veröffentlicht die Zuschrift eines „alten braunschweigischen Waisen“ namens Wolf Grafhoff. Darin heißt es u. a.: „Was jetzt von Hannover aus geschieht wird an unvollständigen Wünschen, Forderungen, Beschüssen und Unver... scheint doch die vernünftigen Gesinnungen einer praktischen Parteipolitik erheblich zu überwiegen...“

Häuerliche Bismarckfeier.

In den beteiligten Ministerien sind die Vorbereitungen zur Begehung der Bismarckfeier in der nächsten Woche (Freitag und Samstag) im Gange; wie bereits im Vorigen, so war auch bei Beginn der Kommissionen, und dort mit ganz besonderer Betonung, von konservativer Seite verlangt worden, daß eine solche Begehung im Rahmen des vorliegenden Gesetzes oder gleichwohl mit ihm vor sich gehe. Die bestimmten Erklärungen konservativer Kreise haben jedoch den erwünschten Erfolg gehabt. Es steht zu erwarten, daß bei Wiederbeginn der Arbeiten des Abgeordnetenhauses als eine der ersten Aufgaben die Frage dieser häuerlichen Bismarckfeier behandelt werden wird.

Kunst und Wissenschaft.

Nachrichten aus dem Kunstleben.

Die neue Ausstellung der Berliner Künstlergesellschaft, die den 30. Gemälden Edward Cucuclis wird einen starken Eindruck auf die Besucher nicht verfehlen. Edward Cucuclis ist Franzose, lebt aber augenblicklich und schon seit einiger Zeit in München. Er hat sich die ganze Schaffensfreudigkeit der jüngeren Münchener Künstler angeeignet und malt mit feiner feiner Auffassung und seinem großen Wortsinn, unbestimmt um die tausend „Richtungen“ der modernen Kunst, das, was die Natur ihm zeigt. Wenn es wahr ist, daß man aus den Taten der Menschen ihren Charakter erkennen kann, dann muß Cucuclis ein Genie sein. Wir finden in ihm endlich einmal einen Maler, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schönheit zu malen, wo, wie und wann er sie trifft. „Nun gibt es aber Maler, die behaupten, überall, in jedem Vorwurf, sei Schönheit zu finden, ob das nun eine Frauengegestalt ist oder eine Landschaft oder ein toter Schädel. Auf diese Art bekommen wir die Anzahl Bilder, die nicht nur zum Teil meisterhaft gemalt sind, aber durch die Wahl des Vorwurfs jeder Schönheit verlustig gehen. Die sagen dem Betrachter nichts. Anders Cucuclis. Das ist der Grund, weswegen man seine Bilder immer wieder so gern sieht. Man muß nur einmal beobachten, wie kunstvoll die Farbenverteilung ist, wie sie nur hinsichtlich der natürlichen ist. Cucuclis schöpft aus der Natur, aber er unterstreicht alles Fremde in ihr, in Farbe und Form. Wenn man ihn ein wenig durchschaut, so wird man finden, daß seine Kunst eigentlich selbstständig ist, so natürlich sie auch aussieht. Seine Bilder werden nicht nur als Kunstwerke, sondern als einigmal, doch dies ist unumgänglich. Cucuclis stellt mit feiner geistigen, kräftigen, freudigen Kunst all das einzige Suchen nach der „Richtung“ endlich beiseite und sagt: „Natur, Sonne, Nacht!“ Und wir glauben es ihm. Der Kritiker muß so häufig das Wort „Künstler“ schreiben und oft bringt er es kaum über's Herz, aber hier tut es er gern. — An Gelegenheit zu dem genannten Künstler bezog sich August Pau, der mit 32 Gemälden und Zeichnungen betreten ist, malte Farben, mit denen er jedoch zum großen Teil sehr feine Stimmungen hervorzuheben verriet. Das große Gemälde „Theodor Körner schwer verwundet nach dem Gefecht bei Rügen“ von 1813 ist ein Bild, das ein jeder, der Tücher zu schätzen, betrachten möchte. In der Mitte des Bildes ist ein Bildnis des Heinrich Heine, das „Dorfmaria aus Württemberg“ von August Pissis ist, und der „Waldweg in der Wübener Heide“ des Altmeyers Professor Emil Tischmeyer ist eine Feinmalerei.

Der „Vorwärts“ auf deutschen Bühnen. Zum ersten Male...

Verstärkung des Mannschaffsstandes der Flotte.

In einigen englischen Blättern wird wieder einmal aeneig und beneidliche Klage darüber geführt, daß unter Reichs-Marineamt eine abermalige Erweiterung des Flottenselbststandes, und zu diesem Zweck einen Beschlusses eingeleitet habe. Der Flottenselbststand ist, wie behauptet, bei der Ausrüstung im Streit; der „Nauticus“ liefert die nötigen Unterlagen, und dahinter steht der Großadmiral v. Tirpitz, dessen Flottengesetz von einer wunderbaren Effizienz ist. Selbstverständlich findet dieses Geschriebel, auf das sonst einzuweisen die Mühe nicht wert wäre, auch auf besonderer deutscher Seite einen Widerhall. Auch hier wird von einer Erweiterung des Flottenselbststandes gesprochen, und daß dabei Verdrängungen und Entstellungen zu Hilfe genommen werden, ist ebenso selbstverständlich wie der Umstand, daß man die Opposition der Opposition wegen macht. Schließlich handelt es sich nur um eine Vermehrung des Mannschaffsbestandes, und hierauf einzugehen, ist allerdings von Interesse. Die 21 in diesem Angelegenheit unsere Hochseeflotte bildenden Linienfahrzeuge (1 der „Deutschland“, 4 der „Graf Zeppelin“, 5 der „Deutschland“, 3 der „Braunschweig“ und 4 der „Kaiser“ Klasse) haben eine Besatzung von 16 922 Mann; die 22 Linienfahrzeuge der Flotte werden aber, nach der Einreichung einiger neuer und der Außerbetriebstellung einiger älterer Schiffe im Herbst dieses Jahres verlangen 21 536 Mann, also 1904 Köpfe mehr. Und dabei werden die Geschwader im Herbst (wenn die Angaben des „Nauticus“ stimmen) nur je 7 Linienfahrzeuge zählen, nämlich außer dem Flottenflaggschiff beim ersten Geschwader: 3 Schiffe der „Kaiser“- und 4 Schiffe der „Graf Zeppelin“-Klasse; beim zweiten: 1 Schiff der „Kaiser“- und 3 Schiffe der „Deutschland“- und 1 Schiff der „Braunschweig“-Klasse, und beim dritten Geschwader: 4 Schiffe der „Kaiser“- und 3 der „König“-Klasse. Wenn also im zukünftigen Winter eine Vermehrung des Besatzungsstandes notwendig werden sollte, was vermuthlich, und wir wissen hin, soferntlich, der Fall sein wird, so handelt es sich um etwas sehr Platzliches, bereits wiederholt Angelegentliches, und in der Natur der Sache liegendes, oder nicht um eine neue „Marineerlöse“ im Sinne einer Novelle oder abermaligen Erweiterung des Flottengesetzes.

Keinere politische Nachrichten.

* Soldatisches Dienstjubiläum. Der Staatssekretär des Reichspostamts Kraft feierte demnach sein 50jähriges Dienstjubiläum. Die ausgedehnte Amtsführung des Staatssekretärs erfreut sich fast bei allen Parteien im Lande der größten Anerkennung. * Teilnahme des österreichischen Kronprinzen an den deutschen Kaisermandaten. Wie in militärischen Kreisen verlautet, wird dem neuen Kronfolger, Erbprinz Karl Franz Josef, an den deutschen Kaisermandaten teilnehmen. * Neue Beitritte zur „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ und zur „Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverhütung“. In seiner letzten Generalversammlung hat der Arbeitgeberverband für das Deutsche Holzgewerbe, Berlin, beschlossen, der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin, beizutreten. Der Verband umfaßt 6234 Betriebe mit 69 000 beschäftigten Arbeitern. Der „Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverhütung“, Berlin, ist der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, Landesverband Württemberg, Stuttgart, beigetreten. Ferner haben ihren Anschluß an die „Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikverhütung“ die Streifenkleidungsstoffe des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Holzgewerbe, Berlin, und der Arbeitgeberverband des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins in Halle a. S. beschlossen. * Die Abgeordnetenausschusskommission für das Fischereigesetz nahm in Weiterbildung der allgemeinen Vor-

berathung über den Entwurf der Fischerei a. S. 95 einen Zusatz an, wonach auch in Rottfischen Fischweiber zu einer anderen als der durch den Regierungspräsidenten bestimmten Zeit oder über das von ihm bestimmte Maß hinaus nicht abgeleitet werden darf. § 98 erhielt folgende Fassung: Der Fischereiberechtigte, der einen Fischereischein besitzt, darf Fischottern mit den für die Ausübung der Jagd erlaubten Mitteln, ausgenommen Schießwaffen, töten oder fangen und sich für die Aufbewahrung eines Jagdweibes bedarf. Soweit durch die betreffende Gesetzgebung des Fischereiberechtigten der Jagd jagdbarer, der Fischerei schädlicher Tiere in weiteren Umfang gestattet ist, behält es dabei sein Bestehen. Ferner bestimmt § 99: Die Ausübung der Fischerei mit der Angel außerhalb geschlossener Ortschaften darf durch Beschränkungen unterworfen werden als für Wochenange. An der Abstimmung über den zurückgestellten § 89 wurde gemäß einem konservativen Antrag beschlossen, daß die Ausstellung eines Fischereischeines in bestimmten Fällen verweigert werden kann. Für die Verlegung des Fischereischeines kommen nur solche strafbaren Handlungen in Betracht, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen sind.

* Ergebnis der ersten juristischen Prüfung. Die erste juristische Prüfung haben nach einer im „Statistischen Jahrbuch für das preussische Reich“ veröffentlichten Angabe des Justizministeriums im Jahre 1912 1228 Kandidaten von 1915 Kandidaten bestanden. Nicht bestanden haben also 587 Kandidaten, das sind 39,7 v. H., also fast ein Drittel aller derjenigen, welche sich der Prüfung unterzogen haben. Dieser Prozentsatz war in den vorhergehenden Jahren nie so hoch. 1911 betrug er 30,4 v. H., 1910 28,8 v. H., 1909 29,4 v. H., 1905 sogar nur 25,6 v. H. Die Zahl derer, die das Referendarengamut nicht bestanden, ist überaus seit Einführung der Referendarengamut wieder merklich in die Höhe gegangen. Mit Auszeichnung bestanden die Prüfung 1912 insgesamt 9 (1911: 10) Kandidaten, mit dem Prädikat „mit 188 (1911) und der Rest von 1131 mit „ausreichend“. Die Zahl der Prüflinge ist seit 1910 um 203 gesunken; ein weiterer Minderungs ist für die nächsten Jahre zu erwarten und zu erwarten.

* Folgen der sommerlichen Hitze. In Stuttgart hat in einer von der Sozialdemokratie einberufenen Volksversammlung Rechtsanwalt Dr. Leber, ein der Vertreter im letzten Prozeß gegen Rosa Luxemburg, über „Militarismus“ gesprochen. Er erklärte sich dabei nach dem Bericht der „Süddeutschen Tageszeitung“ folgende Aeußerung: „Ich behaupte, daß selbst ein Kaiser Nero, der ob seiner Grausamkeit berüchtigt war, jene Quälereien nicht erlitten hat, die heute Soldaten in deutschen Stollen zu erdulden haben.“

Sahrbare Feldkuchen.

(Von unserm militärischen Mitarbeiter.)

Seit 1908 besitzt das deutsche Heer in den fahrbaren Feldküchen eine Einrichtung, die hauptsächlich deshalb der Allgemeinheit noch recht wenig bekannt ist, weil sie erst in geringem Umfange zur Einführung gelangt ist. Die Küchen waren im unzufälligen Fortschritt die ersten, die solche Feldküchen bestanden, da die Erfahrung lehrte, daß die Heere weniger unter dem Mangel an Lebensmitteln, als unter deren mangelhafter, die Gesundheit schädigenden Zubereitung zu leiden haben. Durch eine zu rechter Zeit gut vorbereitete Kost sollte dieser Art von Gefahr für die Gesundheit der Leute vorgebeugt werden. Diese Einrichtung bewährte sich so sehr, daß die Japaner in ihrem hervorragenden Nachahmungsbetriebe noch während des Feldzuges sie auch bei sich einführen. Deutschland konnte natürlich nicht an dieser wichtigen Erneuerung adios vorbeigehen, und so begannen dem 1908 die ersten Versuche mit den fahrbaren Feldküchen. Die Meinungen darüber, ob diese Feldküchen praktisch und freigeigentlich seien, waren sehr

Professor Dr. Georg Bertels, Direktor der chirurgischen Klinik an der Universität in Tübingen. — Seinen achtzigsten Geburtstag feierte am 11. Juli Herr Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Sieghart, Mitglied des Reichstages, in Berlin, in der Wohnung in Berlin, am 15. Juli beging Herr Hofrat und Oberlandarzt, Professor für angewandte medizinische Chemie, Dr. Ernst Ludwig in Wien, sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum.

Von der Frankfurter Universität. Wie wir hören, haben die Professoren Dr. med. et phil. Alexander Cillinger in Königsberg und Dr. jur. Friedrich Giese in Jena die Berufung an die Universität Frankfurt angenommen. Dr. Giese, der zum 1. Oktober die Stelle des Ordinarius für Pharmakologie, Prof. Giese wird Ordinarius für Öffentliches Recht.

Kaiserruhe. Von der heiligen Reichsmünze hochschick wurden dem Direktor der ersten Deutschen Kammer-Gesellschaft Joseph Baumgartner in Emmendingen (Waden) und dem Professor Dr. Albert Friedrich Fliegner in Jülich der Dr.-Ing. Ehrenbürger verliehen.

München. Der Akademische Professor a. D. Konstantin Karl Raupp in München ist von der dortigen Akademie der bildenden Künste zum Ehrenmitglied gewählt und bestätigt worden.

Die wissenschaftlichen Vorlesungen für Volksschullehrer, die alljährlich in Jena abgehalten werden, sollen nach einem Beschlusse des hiesigen Ausschusses in diesem Jahre stattfinden. Die Gründe für diesen Beschlusse sind zu finden in der hiesigen Beteiligung und in dem fehlenden finanziellen Mangel für die Vorlesungen. Die letzten Vorlesungen schlossen sich einem Festabend von 600 Part an, bei dem die Gäste aus früheren Jahrgängen, die Vorlesungen unter Vermittlung der hierzu geschaffenen Vereinsorganisation erneut ins Leben zu rufen.

In Berlin bei München ist am 15. Juli der Hof. Konseiler a. D. Konstantin Franz Karl Seiff im Alter von 60 Jahren gestorben.

Aus Österreich. Der a. D. Professor der internen Medizin an der k. u. k. deutschen Universität Regierungsrat Dr. med. Theodor Petzina ist in den Ruhestand getreten. Aus diesem Anlaß erhielt er den Titel eines Hofrates. — Als Privatdozent wurden zugelassen: Dr. med. Rudolf Ritter Biele von Dornberg für orthopädische Chirurgie und Dr. Viktor Figg für Geschichte der Medizin, beide an der Universität. Ferner Dr. Anton Perzivalovic für Physik und Geschichte der Rechtsphilosophie in der rechts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz. — Den Privatdozenten in der Wiener rechts- und naturwissenschaftlichen Fakultät Regierungsrat Dr. jur. Oskar Basso (Österreich), Oskar Basso (Österreich), und Dr. jur. Karl Bibrani (Nationalökonomie), Vizepräsident der Statistischen Zentralkommission, ist der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen worden.

Aus der Gelehrtenwelt.

Die Kaiserliche Leopoldinisch-Carolinische deutsche Akademie der Naturforscher hat in einem Beschlusse der letzten Sitzung des Ausschusses Dr. Chun in Leipzig Oskar Geheimrat Dr. Professor Dr. Pfeffer in Leipzig zu ihrem Adjunkten für das Königreich Sachsen gewählt. — Als Mitglied wurde aufgenommen Herr

